

Merkblatt für die Beantragung einer polderrechtlichen Zulassung nach der Polderordnung (PolderO)

A. Allgemeines

Genehmigungspflichtig sind nach § 17 PolderO

- **Bebauungen, Aufgrabungen, Bepflanzungen, Auflasten von mehr als 10 kN/m²** an der Hochwasserschutzanlage einschließlich des Schutzstreifens, wie zum Beispiel:
 - o Bauliche Anlagen (z.B.: Gebäude oder Gebäudeteile)
 - o Leitungskreuzungen
 - o Lagerflächen
 - o Baustelleneinrichtungsflächen

Der **Antragsteller** sollte sich in den Vorwegen der Antragsstellung erkundigen, ob für die vorgesehenen Flächen seines Vorhabens bereits besondere Anforderungen (z.B. Hafengebiet, Bebauungspläne, Naturschutzgebiete etc.) oder Rechtsverhältnisse durch Dritte bestehen.

Bei Anlagen auf oder an Grundstücken Dritter muss die Zustimmung und ein Überwegerecht des Grundstückseigentümers vorliegen. Zweckdienlich ist die Beantragung durch den Eigentümer selbst.

Sofern Anforderungen zur Statik bestehen, sollten frühzeitig die Randbedingungen mit der Statischen Prüfstelle Hafen geklärt werden. Funktionspostfach: **StatischePruefstelleHafen@hpa.hamburg.de**

Der Antrag zur Erteilung einer polderrechtlichen Zulassung ist schriftlich formlos digital zu stellen bei:

Hamburg Port Authority AöR
Gewässernutzung und Hochwasserschutz
HPA PA21

Neuer Wandrahm 4
20457 Hamburg

Erst nach der Erteilung der schriftlichen polderrechtlichen Genehmigung darf unter Beachtung der Bedingungen und Auflagen das Vorhaben ausgeführt werden!

B. Antragsunterlagen

Das Antrags schreiben soll folgende **Informationen** enthalten:

- Name und Adresse des zukünftigen Genehmigungsinhabers**
(bei juristischen Personen und Personenvereinigungen ihren Sitz)
- Rechnungsanschrift für Gebührenbescheid**
- Name und Adresse des zukünftigen Unterhaltungspflichtigen**
(sofern vom Genehmigungsinhaber abweichend)
- Name, Kontaktdaten und Vollmacht des Antragstellers**
(sofern vom Genehmigungsinhaber abweichend, z. B. bei Planungsbüros)
- Name, Kontaktdaten und Vollmacht des Gebührenpflichtigen**
(sofern vom Genehmigungsinhaber abweichend)
- Kurzbeschreibung Art, Umfang und Zweck** der beabsichtigten Maßnahme
- Bauzeitenplan bzw. Nutzungszeitraum**
- Unterschrift** des Antragstellers

Dem Antrag sind im Regelfall folgende Unterlagen **digital** beizufügen:

- Übersichtsplan** z. B. M 1:25.000
- Lageplan** z. B. 1:1.000, 1:2.000 oder 1:2.500 mit Darstellung des geplanten Vorhabens:
 - Farbliche Kennzeichnung:
 - Neu geplante Anlage: **rot**
 - Abbruch/Entwidmung: **gelb**
 - Bestand/vorhanden: **schwarz**
 - Maßstab, Nordpfeil, Örtlichkeit (Adresse, Deichkilometer)
 - Grundstücksgrenzen und Flurstücksnummern
 - Namen der Eigentümer der betroffenen und benachbarten Grundstücke
- Maßstäbliche Bauzeichnungen** mit:
 - Grundriss der Anlage, Längs- und Querschnitt mit wesentlichen Abmessungen
 - Lage von Hochwasserschutzanlagen inkl. Schutzstreifen (Deiche oder Polder)
 - Höhenlage von Landflächen/Anlagen bezogen auf Normalhöhen-Null (NNH) im DHHN 2016
 - Darstellung der relevanten Wasserstände - siehe [Gewässerkundliche Information 2026](#) (Link):
 - HHThw (Höchstes gemessenes Tidehochwasser)
 - MThw (Mittleres Tidehochwasser)
 - NNH +/-0,00 m Normalhöhennull
 - MTnw (Mittleres Tideniedrigwasser)
 - NNTnw (Niedrigstes gemessenes Tideniedrigwasser)
 - Bemessungswasserstand (BW) - siehe Berechnungsgrundsätze für Hochwasserschutzwände, Flutschutzanlagen und Uferbauwerke: [BHFU Januar 2023](#) (Link)
- Baubeschreibung** mit:
 - Beschreibung von Art, Umfang und Zweck der Anlage
 - Beschreibung der Nutzung bzw. des Betriebes
 - Angabe der für die Konstruktion gewählten Baustoffe und des Bausystems
 - Angaben zu Bauwischenzuständen und Bauhilfsmaßnahmen (Gerüste, Pfähle usw.)
 - Angaben zur Sicherung bei Sturmflut und Eisgang (Sicherungs-, Rettungs- und Räumkonzept)
 - Angaben über die Lagerung oder Verwendung von wassergefährdenden Stoffen
 - Entwässerungskonzept der hochwassergeschützten Fläche
- Zustimmung des zuständigen Hochwasserschutzbeauftragten des Polders**
- Prüffähige statische Unterlagen** (digital und jeweils mit einer rechtsverbindlichen Unterschrift) u.a. mit:
 - Übersichts- und Positionspläne
 - Statische Berechnung(en)
 - Ausführungspläne und ggf. Werkstattpläne mit einer rechtsverbindlichen Unterschrift
 - BaugrundgutachtenSofern relevant: Bestandsunterlagen; aktuelle Peilpläne; Aufmaßpläne; Angaben zum Bau- bzw. Herstellverfahren, z. B. für das Einbringen von Spundwänden; Ergebnisse von Materialprüfungen; Bauzustandsberichte; Zulassungen
- Herstellungskosten** nach §3 BauGebO oder RVP

Für die BauGebO:

Die Herstellungskosten sind nach Umfang sämtlicher Arbeiten und Lieferungen zu ermitteln, die zur Fertigstellung des Bauwerks erforderlich sind. Dazu gehören auch die Planungskosten. Es sind regelmäßig folgende Kosten nach DIN 276: 2018-12 heranzuziehen: 230, 300, 410 bis 460, 510 bis 540 und 740 (soweit Bestandteil des Baugenehmigungsverfahrens). Der Betrag ist netto anzugeben. Werden Eigenleistungen erbracht, von Unternehmen oder Lieferanten sonst nicht übliche Vergünstigungen eingeräumt, Lieferungen oder Leistungen in Gegenrechnungen ausgeführt oder vorhandene oder vorbeschaffte Bauteile oder Baustoffe verwendet, so werden die Herstellungskosten nach den für diese Arbeiten und Leistungen zu erbringenden üblichen Unternehmerleistungen angesetzt.

Für die RVP (2019) sind die Kosten gemäß Abschnitt 4 unter Berücksichtigung des Negativkatalogs (Anlage 3) zu ermitteln.

Die statische Prüfung erfolgt durch die Statische Prüfstelle Hafen oder einem von der Statischen Prüfstelle Hafen beauftragten Prüfenieur!

Je nach Art des Vorhabens können **weitere Unterlagen/Informationen** erforderlich werden, die ggf. vorher mit der Wasserbehörde abgestimmt werden sollten. Sofern die Antragsunterlagen zur Beurteilung des Antrages nicht ausreichen sollten, werden entsprechende Unterlagen oder Informationen nachgefordert.

Sie erreichen uns unter dem Funktionspostfach:

E-Mail: hws-aufsicht@hpa.hamburg.de

Gerne beraten wir Sie vor einer Antragsstellung!